

Michael Csaszkóczy
Beitrag auf der Kundgebung "70 Jahre Menschenrechte versus Berufsverbote"
Stuttgart, 10. Dezember 2018

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

es ist nicht das erste Mal, dass wir hier vor dem baden-württembergischen Landtag stehen und für die überfällige Rehabilitierung derer demonstrieren, die seit dem Radikalenerlass wegen ihrer kritischen Haltung und ihrer antikapitalistischen Politik als Staatsfeinde diffamiert, gejagt, vor Gericht gestellt und entlassen wurden. Dass die Berufsverbote der 70er und frühen 80er Jahre des letzten Jahrhunderts Unrecht waren, würden heute vermutlich nur noch wenige bestreiten mit Ausnahme einiger besonders verbohrter Politikerinnen und Politiker. Diese finden sich allerdings beileibe nicht nur bei der AfD, sondern leider auch bei Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, bei der CDU und nicht zuletzt bei den Grünen. Die Stellungnahmen der Regierungsgrünen in Hessen und Baden-Württemberg zu den jüngsten Bemühungen um Rehabilitierung zeigen vor allem Eines: Hier sind Leute am Werk, die nicht davor zurückscheuen, die Betroffenen von damals erneut mit Dreck zu bewerfen, nur um sich selbst als besonders staatstragend und jeder kritischen Haltung unverdächtig zu präsentieren - eine Tatsache, die ohnehin kein vernünftiger Mensch in Zweifel ziehen dürfte.

Obwohl also das damals geschene Unrecht offen zu Tage liegt, weigert sich die baden-württembergische Regierung beharrlich, die Betroffenen endlich zu rehabilitieren und zu entschädigen. Jedes Jahr, in dem wir hier stehen, sind weniger Ehemalige unter uns. Ganz wie bei der Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter oder der Deserteure der Nazizeit scheint die Regierung auf eine biologische Lösung des Problems zu setzen. Diese zynische Ignoranz hat ihre Gründe. Denn der Radikalenerlass mit seiner Regelanfrage beim Inlandsgeheimdienst ist ja niemals wirklich abgeschafft worden, er ist durch den permanenten Ausbau und die Perfektionierung des sogenannten 'Verfassungsschutzes' nur obsolet geworden. Die glücklose Kultusministerin Schavan mit ihrem erschwindelten Universitätsabschluss hat das anlässlich meines Berufsverbotes im Jahr 2004 so formuliert: Dass der Radikalenerlass abgeschafft ist, kann ja nicht heißen, dass wir Erkenntnisse, die der Inlandsgeheimdienst an uns heranträgt, ignorieren'.

Es hat seitdem noch mehrere Versuche gegeben, die Berufsverbotspraxis wiederzubeleben. Schützenhilfe bekommen die Innenbehörden dabei von der AfD. Im vergangenen Jahr hat die Rechtsaußenpartei Anzeige gegen mich erstattet, weil ich eine ihrer öffentlichen Wahlkampfveranstaltungen besuchen wollte. Die Richterin, Schwiegertochter des AfD-Bundestagsabgeordneten Friedrich Glaser, verurteilte mich tatsächlich wegen Hausfriedensbruchs. Der Schutz des Grundrechtes auf

Versammlungsfreiheit gelte für mich nicht, weil ich ein bundesweit bekannter linker Rädelsführer sei. Anschließend wurde ich auf dem neu eingerichteten Denunziationsportal der AfD erneut als Verfassungsfeind denunziert. Das baden-württembergische Kultusministerium hat sich keineswegs hinter mich gestellt, sondern im Gegenteil einen Prozessbeobachter zum Verfahren geschickt und angekündigt, im Fall einer rechtskräftigen Verurteilung disziplinarische Maßnahmen gegen mich ergreifen zu wollen.

Die Bedrohung und Einschüchterung kritisch denkender Menschen soll um jeden Preis fortgesetzt werden. Eine Rehabilitierung der Berufsverbotsbetroffenen würde da ein für die Regierungsparteien denkbar unerwünschtes Zeichen setzen. In Zeiten der Krise will man offensichtlich nicht auf die Waffen aus den Zeiten des Kalten Krieges verzichten. Ministerpräsident Kretschmann verkündete vor zwei Jahren großspurig, unter seiner Regierung werde es jedenfalls keine kommunistischen Lehrer in Baden-Württemberg geben. In den letzten Wochen mussten wir leider erleben, dass auch die DGB-Spitze beim Buhlen um rechte Gewerkschaftsmitglieder nach wie vor bereit ist, auf die Ausgrenzung und Diffamierung zu setzen, die zu den fatalen Unvereinbarkeitsbeschlüssen geführt hat. Wörtlich sagte DGB-Chef Reinhard Hoffmann vor Polizeigewerkschaftern: Wir sind nicht die Antifa. Deshalb werden wir in Zukunft keine DGB-Häuser an irgendwelche, gewaltbereiten Gruppen vermieten, die aus ideologischer Verblendung Rechtsstaat mit NS-Staat gleichsetzen und damit offen gegen unsere Prinzipien, aber auch gegen unsere Kolleginnen und Kollegen agitieren.“ Auch innerhalb der Gewerkschaften liegt offensichtlich noch viel Arbeit vor uns.

Im Hintergrund der Berufsverbote steht noch immer der Geheimdienst, der den irreführenden Namen ‘Verfassungsschutz’ trägt. Dieser Dienst, von alten Nazis aufgebaut zur Jagd auf Linke, ist immer wieder durch seine Verstrickung mit der neonazistische Szene aufgefallen - zuletzt durch die Deckung, den Schutz, die Förderung und Finanzierung der mordenden Nazi-Terrorgruppe NSU. Konsequenzen gab es keine - im Gegenteil. Die finanzielle Ausstattung und die Befugnisse des Dienstes wurden aufgestockt und erweitert. Erst vor wenigen Wochen flog durch die Recherchen von Antifagruppen auf, dass die Präsidentin des baden-württembergischen Verfassungsschutzes ‘Beate Bube auf einer klandestin beworbenen Schulungsveranstaltung der AfD referieren wollte. Konsequenzen? Der innenpolitische Sprecher der Grünen, Uli Sckerl, versicherte umgehend, er könne keinerlei Fehlverhalten seiner Geheimdienstchefin erkennen.

Es ist schon beinahe grotesk, wie sich einige staatsfromme Bürgerinnen und Bürger von der Beobachtung der AfD durch ausgerechnet diesen braun verfilzten Geheimdienst irgendetwas erhoffen. Der sogenannte Verfassungsschutz wird ganz gewiss nicht gegen die AfD vorgehen. Wie sollte er auch? Gerade die Organe der Justiz und der inneren Sicherheit sind mehr als die meisten anderen Bereiche der Gesellschaft durchsetzt

mit Mitgliedern und Anhängerinnen dieser neofaschistischen Partei durchsetzt. Für das Aufpäppeln, den Schutz und die Absicherung haben die Verantwortlichen des sogenannten Verfassungsschutzes‘ seit langer Zeit vorgesorgt.

Wir sagen: Dieser antidemokratische rechte Geheimdienst ist nicht reformierbar. Er muss endlich aufgelöst und seine Verbrechen aufgearbeitet werden. Die Betroffenen brauchen endlich Einsicht in die über sie gesammelten Daten. Wir werden weiter lautstark und vehement die Forderung nach Rehabilitierung und Entschädigung der Berufsverbotsbetroffenen vertreten. Und es geht dabei um sehr viel mehr als um ein paar Entschuldigungen gegenüber älteren Menschen, denen Unrecht widerfahren ist. Es geht um die Verteidigung der Meinungsfreiheit und der Demokratie gegen diejenigen, die sich einen Staat von Duckmäusern und Eingeschüchtern wünschen, weil sie den Status Quo dieser Welt voller Kriege, voller Ausbeutung, Faschismus und Rassismus um jeden Preis gegen jeden gesellschaftlichen Wandel verteidigen wollen.

Die Forderung nach Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen ist untrennbar verbunden mit der Bewahrung und mit erst noch ausstehenden Herstellung demokratischer Grundstandards. Die brauchen wir dringender denn je, seit faschistische Bewegungen in der ganzen Welt wieder Oberwasser bekommen. Diese Welt braucht nichts so sehr wie Veränderung. Für sie zu kämpfen, ist nicht kriminell, sondern dringend notwendig.